

# Zeichen der Zeit : vom bürgerlichen Umgang mit Rechtsextremismus oder die Doppelmoral im Fall Piñera

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **94 (2000)**

Heft 12

PDF erstellt am: **19.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Zeichen der Zeit

### Vom bürgerlichen Umgang mit Rechtsextremismus oder die Doppelmoral im Fall Piñera

Alles redet von der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Wenn jedoch ein José Piñera, ehemaliger, aber nach wie vor bekennender Vertreter des rechtsextremen Pinochet-Regimes in Chile, zu einem Vortrag an der Universität Zürich eingeladen wird, gelten plötzlich andere Prioritäten. So geschehen am 22. Juni 2000, als der chilenische Arbeitsminister zur Zeit der Militärdiktatur hier über «Vorsorgereform in Industrieländern» hätte sprechen sollen. Der Verband Studierender an der Universität Zürich (VSU) protestierte zusammen mit Organisationen der linken Zivilgesellschaft so wirksam gegen diese Veranstaltung, dass Rektor Hans Weder sie absagen musste. Das rief wiederum die Zürcher SVP auf den Plan. Sie sieht «das Grundrecht der Meinungsäusserungsfreiheit und die Universität Zürich als Ort der offenen geistigen Auseinandersetzung in Frage gestellt», wie es in einer Interpellation im Zürcher Kantonsrat heisst. Der Regierungsrat stösst in seiner Antwort vom 23. August ins selbe Horn, spricht von «Dialogverweigerung» und von «Verstössen gegen die universitäre Kultur», er «verurteilt die Gewaltanwendung der Demonstrierenden» und «prüft rechtliche Schritte gegen die Rädelsführer». Eine Kritik an der Gastgeberrolle der Universitätsleitung oder an den beiden Volkswirtschaftsprofessoren, die an der Einladung durch die Lateinamerikanische Handelskammer mitgewirkt hatten, suchen wir in der regierungsrätlichen Stellungnahme leider umsonst.

#### Redefreiheit für Feinde der Freiheit?

Herr P. ist nicht irgendein Privatisie-

rungsgläubiger mit liberalem, gar demokratischem Sonntagsgesicht. P. war vier Jahre lang *Minister im Kabinett von Chiles Diktator Augusto Pinochet*. Dieses Regime hat 1973 eine demokratisch gewählte Regierung mit brutaler Gewalt gestürzt und einen «skrupulös die Legalität befolgenden Staatschef» (NZZ, 13.9.73) umgebracht. Es hat 3000 Ermordungen, noch viel zahlreichere Folterungen und weitere Verletzungen der Menschenrechte zu verantworten. P. hat sich von diesem Staatsterrorismus des Regimes, in dessen Dienst er stand, nie distanziert. Er bekennt sich im Gegenteil noch heute zum Putsch von 1973, begründet ihn gar mit «*Gehorsam gegenüber Gott*».

Das blasphemische Zitat ist einem Artikel entnommen, den P. am 21. Oktober 1998 unter dem Titel «*Pinochet: die historische Wahrheit*» auf seiner Internetseite «*economiasociedad.com*» publiziert hat. Die «historische Wahrheit» des Herrn P. stellt alle Fakten auf den Kopf und lautet, dass «Präsident Pinochet eine legitime Revolution gegen einen Tyrannen angeführt hat, die während seiner Regierungszeit eine relativ geringe Anzahl von Menschenleben gekostet hat, von denen fast alle Opfer eines quasi Bürgerkrieges wurden». So zu lesen in der deutschen Übersetzung. Das Wort vom «Gehorsam gegenüber Gott» kommt nur im spanischen Originaltext vor. P. zitiert hier den Satz von Benjamin Franklin: «Die Rebellion gegen einen Tyrannen ist Gehorsam gegenüber Gott.» Am Schluss des Artikels ruft P. zu einer «Kampagne» für den «Ex-Präsidenten» auf, «dessen Regierung Chile rettete, und der heute mit seinen 82 Jahren von der neoso-

zialistischen britischen Regierung aus seinem Krankenbett heraus feige und illegal entführt wurde».

Erst am vergangenen 18. Oktober hat Herr P. diese Geschichtsklitterung aus seiner Internetseite entfernt. Warum wohl? Vermutlich will er nach dem für ihn peinlichen Vorfall an der Uni Zürich nicht weiter ins Gerede kommen. Aber auch wenn P. damit beginnt, die Spuren seiner Vergangenheit zu tilgen, er tut es gewiss *nicht aus Reue*.

Dass die *SVP des Kantons Zürich* sich für die Redefreiheit des Herrn P. wehrt, erstaunt nicht. Diese Partei hat sich noch nie über eine besondere Sensibilität ausgewiesen, wenn Menschenrechte durch rechtsextreme Regime von Chile bis zum ehemaligen Apartheidstaat in Südafrika verletzt wurden. Weit mehr enttäuscht die Antwort des *Regierungsrates*. Er verliert kein Wort über Herkunft und Herkunftsideologie des Herrn P. Er übt auch keine Kritik an einer Universitätsleitung, die solche Veranstaltungen zulässt. Er beruft sich vielmehr wie die *SVP* auf die Redefreiheit, gar auf die Idee der Universität als Ort «wissenschaftlicher und geistiger Auseinandersetzung», ja als «Plattform für einen intellektuell hochstehenden Meinungs austausch».

«*Faschismus ist keine Meinung. Faschismus ist ein Verbrechen*», steht auf einem Plakat in Brandenburg, das Carl Ordnung in diesem Heft erwähnt. Das Zitat bringt auf den Punkt, worum es auch im Fall Piñera geht. Wer sich als Anhänger eines freiheitsfeindlichen Regimes zu erkennen gibt, vertritt nicht irgendeine Meinung, die schützenswert wäre. Es gibt keine beliebige Toleranz gegenüber der Intoleranz und keine grenzenlose Freiheit für die Feinde der Freiheit.

Anders als beim Antirassismus-Artikel im Strafgesetzbuch sieht unsre Rechtsordnung zwar keine Sanktionen vor, wenn ein Pinochetist die Opfer seines Regimes verhöhnt und dadurch in ihrer Menschenwürde verletzt. Aber das heisst noch lange nicht, dass eine *Universität* jeden Inhalt tolerieren muss, solange er nicht vom Strafgesetzbuch verboten ist. Die Universität Zürich war

noch nie verlegen, wenn es galt, Veranstaltungen zu verbieten, um «linke» Inhalte zu verhindern. Über *Andreas Gross* hatte sie jahrelang ein Rede verbot verhängt...

Es geht hier tatsächlich um die «universitäre Kultur» und nicht zuletzt um eine Frage der *Ethik an der Universität*. Immerhin hält das zürcherische Universitätsgesetz in seinem Paragraphen 3 fest: «Die Universität trifft Vorkehrungen zur Sicherstellung der ethischen Verantwortung der Wissenschaft.» Darauf in einer Anfrage von SP-Kantonsrat *Christoph Schürch* im Zusammenhang mit dem Fall Piñera angesprochen, verweist der Regierungsrat nur gerade auf das «Ethikzentrum der Universität und die neu geschaffene Ethikkommission». Als ob sich ethische Verantwortung so billig delegieren liesse. Davon abgesehen haben die erwähnten Institutionen sich zum Auftritt des ehemaligen Junta mitglieds aus Chile bis heute nicht geäußert.

Den Studierenden hat der Rektor gesagt, *Rede verbote* würde er nur gegen Leute erlassen, die von einem Gericht verurteilt worden seien. Wer könnte da nicht alles kommen? Selbst Rassisten, solange sie noch nicht bestraft worden wären? Jedenfalls hat die feige Haltung des Rektors, übrigens eines Theologieprofessors, nichts mehr mit Ethik zu tun.

## Marktfaschismus

Natürlich hätte Herr P. «nur» über die *Privatisierung der AHV* geredet und kaum über das, was er unter «Gehorsam gegenüber Gott» versteht. Das ändert nichts an der Tatsache, dass die Universität einem uneinsichtigen Vertreter des chilenischen Unrechtsregimes das Wort erteilen wollte.

Natürlich darf im Rahmen der *Meinungsfreiheit* jeder Neoliberaler die Privatisierung der AHV in Chile über allen Klee loben, auch wenn diese zur sozialen Katastrophe für Gewöhnlichsterbliche führte. (Militär und Polizei sind nicht zufällig beim alten AHV-System geblieben.) Die Leserinnen und Leser der *Neuen Wege* konnten schon einem Bericht von *Jürgen*

*Schübelin* (NW 1998, S. 335ff.) entnehmen, wie gering die Rendite des privatisierten Zwangssparens in Chile ist, für viele gar im Minus liegt, und wie die Kassen untereinander in einem Konkurrenzkampf stehen, der den Aufwand für die An- und Abwerbung der Kundinnen und Kunden in unerschwingliche Höhen treibt.

Natürlich darf ein Redner das alles beschönigen. Auch wenn die neoliberale Rosskur für Chiles Wirtschafts- und Sozialpolitik nur möglich war, weil das durch die Diktatur *entmündigte Volk* nichts mehr dazu zu sagen hatte. Nach der physischen Vernichtung der Gewerkschaftsführer durch das Regime hat P. darüber hinaus mit einem «*plan laboral*» ab 1980 jeden Neuanfang der Gewerkschaftsbewegung verhindert. Unter demokratischen Bedingungen wird sich der Neoliberalismus nirgendwo auf der Welt durchsetzen, wird sich auch die AHV in der Schweiz nicht privatisieren lassen. Insofern ist er weit mehr diktatur- als demokratieverträglich. Davon ist bei Herrn P. und seinen Bewunderern aus der «volksverbundenen» SVP aber nicht die Rede.

Immerhin hatte vor Jahren schon die NZZ neoliberalen Klartext geredet und *Chiles Militärdiktatur* unter General Pinochet zum «wirtschaftspolitischen Modellfall»(11./12.1.92) erklärt. Es gelte Abschied zu nehmen von der «bequemen» These, «Marktwirtschaft und Demokratie gehörten zusammen wie Zwillinge». Der Kommentar verwies noch auf andere Beispiele wie Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan, insbesondere aber auf Chile, das «seinen Weg zu Marktwirtschaft und Wachstum einer brutalen Diktatur» verdanke. Der dies schrieb, *Gerhard Schwarz*, ist Wirtschaftsredaktor und nebenberuflich Dozent an der Uni Zürich...

Die bürgerlichen Kreise, die für die Redefreiheit des Herrn P. eintreten, machen sich zumindest im nachhinein zu *Komplizen* eines Regimes, dem sie alles verzeihen, wenn es nur ihrer marktfundamentalistischen Ideologie entgegenkommt. Wie jeder Fundamentalismus *antidemokratisch* ist, weil seine «*absoluten Wahrheiten*» «höher» rangieren als demokratische Ent-

scheidungen, so auch der Fundamentalismus des totalen Marktes. Im Konfliktfall behauptet dieser den Vorrang vor der Demokratie. Unterwirft sich die Demokratie nicht mehr der «Logik» des Marktes, so ist die Diktatur gerechtfertigt. Ist es so falsch, wenn in letzter Zeit wieder vermehrt an *Horkheimers Diktum* erinnert wird: «Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen. Faschismus ist die Wahrheit der modernen Gesellschaft»?

## Legitimer Protest

Der Protest der Studierenden gegen den Auftritt des Herrn P. verdient Anerkennung. Wir machen uns in diesem Staat Sorgen über die zunehmende Anfälligkeit Jugendlicher für rechtsextreme Parolen. Und nun erleben wir das Gegenteil: *Studierende* verweisen mit *menschenrechtlicher Sensibilität* auf den Skandal, dass ein Herr P. an der hiesigen Universität Gastrecht genießt, um sich als Ratgeber in Sozialabbau zu betätigen. Und schon werden sie vom Regierungsrat gerügt, dass sie «dem Ansehen der Universität» Schaden zufügten. Wenn aber etwas «dem Ansehen der Universität» schadet, dann sind es Auftritte von Exponenten diktatorischer Regime, denen mit gleichem Recht auch noch andere Figuren aus der rechtsextremen Szene folgen könnten.

Der Regierungsrat verurteilt gar «die Gewaltanwendung der Demonstrierenden», die jedoch glaubwürdig versichern, das Ganze sei eine «*friedliche Kundgebung*» gewesen. Es gab nur zwei Zwischenfälle: Ein offenkundig überforderter Chef des Sicherheitsdienstes hat versucht, dem Vertreter des kantonalen Gewerkschaftsbundes das Mikrophon zu entreissen. In diesem Moment hat ein Vermummter dem Rektor einen leichten Schlag auf den Rücken versetzt. Die Demonstrierenden waren jedoch geschlossen gegen jede Gewaltanwendung und haben denn auch den Täter zurückgezerrt. Der Übergriff eines einzelnen war überhaupt nicht repräsentativ für die Demo, die gewaltfrei ver-

lief. Aber noch immer prüft die Regierung «rechtliche Schritte gegen die Rädelsführer». Als ob die *wahren Rädelsführer* an der Uni nicht unter den einladenden Professoren zu suchen wären!

Ist es nicht *Doppelmoral*, den Rechtsextremismus zu bekämpfen, wenn er von Skinheads ausgeht, nicht aber, wenn er sich

mit den Insignien staatlicher und insbesondere militärischer Macht legitimiert? Oder wenn sich das politische Bürgertum über die angeblich bedrohte «Redefreiheit» an der Uni sorgt, statt über eine Uni, für die der Faschismus salonfähig zu werden scheint, sobald er unter neoliberalen Vorzeichen daherkommt?

---

Hans Peter Gansner

## Die verlorene Geschichte – Otto F. Walters politisches Vermächtnis

*Als 1994 Otto F. Walters Buch Die verlorene Geschichte im Rowohlt-Verlag herauskam, da war man sich einig: «subtile Meisterprosa». In der Tat war der schmale Band eine polyphone Erzählung aus einem Guss, damals schon zu einem brandaktuellen, aber von der breiten Öffentlichkeit in der Mitte der Neunzigerjahre noch weitgehend ignorierten Thema: Neonazis in der Schweiz. Inzwischen hat der Plot der Verlorenen Geschichte durch die explosionsartige Zunahme rechtsextremer Terrorakte und das krebsartige Wuchern der braunen Szene eine neue, noch erhöhte Aktualität bekommen. Otto F. Walter gebührt das Verdienst, in literarischer Form das Problem des Neonazismus in allen seinen komplizierten Verästelungen offengelegt zu haben. Die verlorene Geschichte, dieser hochsensible Prosatext mit eigentlichem Testamentscharakter, weil kurz vor dem Tod Otto F. Walters als sein letztes Werk erschienen, wird jetzt ohne Zweifel eine zweite Rezeption erleben und erst heute auch in seiner ganzen damals prophetischen Bedeutung erkannt werden. hpg*

### Literarische Meisterprosa

Die Hauptfigur *Polo Ferro* ist eine der vielen Gestalten im weitverzweigten Gesamtwerk des Autors, die zwischen zwei Altern navigieren. Bei Polo lautet der Befund wohl zwischen «pueril» und «zu früh gealtert». Immer wieder versucht Polo, seine eigene Geschichte «zusammenzukriegen», schafft es aber nie. Innerlich und äusserlich desorientiert schlittert er im Verlauf dieser «verlorenen Geschichte» in den Sumpf des Rechtsradikalismus.

Polos politischer Gegenpart ist *Conti*, «ein Anarcho», zu dem Polo zwar zu Beginn der Schwierigkeiten eine gewisse Sympathie entwickelt, da der linke Liber-

täre ebenfalls eine Antwort auf soziale Ausgrenzung, Entlassung und Diskriminierung hat, denen die jungen Eisenleger ausgesetzt sind. Ja, Polo will sich nach der Entlassungswelle sogar dem «freien» Eisenlegertrupp anschliessen, den Conti ins Leben gerufen hat. Aber die anfangs ziemlich heterogene rechtsradikale Gruppe, die sich im Lauf der Handlung der bereits aktiven neonazistischen «Patriotischen Front» annähert, um eine Sektion auf «nationaler» Ebene zu bilden, und zwar «generalstabsmässig», ist leider stärker:

Polo hält dem *Gruppendruck* nicht stand und tötet das *Thaimädchen*, das sich zu ihm/das er zu sich gerettet hat, und zwar paradoxerweise eben in dem Moment, als er es wirklich zu lieben beginnt. Polo hält